

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Schulz, Joana Cotar,
Dr. Michael Ependiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17313 –**

Lebenswelten junger Muslime in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Eine aktuelle Studie unter dem Titel „Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien. Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen“ des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) zeigt, dass Jugendliche mit afghanischem, syrischem, tschetschenischem, kurdischem, türkischem und bosnischem Migrationshintergrund sich stark am Einfluss des politischen Islam orientieren und eine demokratieablehnende sowie abwertende Grundhaltungen haben (https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191130_OTS0002/neue-oeif-befragung-zu-einstellungen-von-muslimischen-jugendlichen-in-wien). Die Jugendlichen seien an strengen Rollenbildern und Regeln ausgerichtet und hielten an festen und geprägten Traditionen fest. Laut der Studie würden auch die Regeln des politischen Islam für eine Vielzahl von Befragten über den Gesetzen Österreichs stehen. Viele wünschen sich auch einen religiösen Führer (<https://wien.orf.at/stories/3024114/>).

Das damalige Bundesministerium des Innern (BMI) hat im Auftrag der Bundesregierung eine umfangreiche Studie in Bezug auf die Lebenswelten junger Muslime in Deutschland 2011 erstellt (https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/BF/Lehre/SoSe_2015/Islam/Lebenswelten_junger_Muslime.pdf). Zu hinterfragen bleibt nun, ob die Erkenntnisse der Abbildung der Lebenssituation junger Muslime auch gegenwärtig noch gelten, oder ob ähnliche Ergebnisse wie in Österreich auch für die Bundesrepublik Deutschland erzielt würden?

1. Kann die Bundesregierung ähnliche Tendenzen wie jene, die in der Vorbemerkung der Fragesteller unter Verweis auf eine entsprechende Studie des Österreichischen Integrationsfonds wiedergegeben sind, ein Bezug auf eine demokratieablehnende sowie abwertende Grundhaltung gegenüber der deutschen Rechtsordnung auch bei jungen Muslimen in der Bundesrepublik Deutschland feststellen?
 - a) Wenn ja, welche Feststellungen konnte die Bundesregierung diesbezüglich erheben?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

2. Ist von der Bundesregierung eine ähnliche Erhebung wie in Österreich durchgeführt worden, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung sind keinerlei Erkenntnisse bekannt, aus denen hervorgeht, bei jungen Muslimen in Deutschland lägen pauschal die durch die Fragesteller dargestellten Grundhaltungen vor.

Die Bundesregierung hat aktuell keine deckungsgleiche Erhebung wie in Österreich durchgeführt, beauftragt jedoch regelmäßig zu unterschiedlichen themenverwandten Fragestellungen Studien.

So fasst etwa die durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz geförderte Meta-Analyse „Der Einfluss muslimischer Religiosität auf die gesellschaftliche Integration von Einwanderern in Deutschland“ von 2019 zahlreiche Studien zur Korrelation von Islam und Werthaltungen in Deutschland zusammen (<https://shop.budrich-academic.de/produkt/der-einfluss-muslimischer-religiositaet-auf-die-gesellschaftliche-integration-von-einwanderern-in-deutschland/?v=3a52f3c22ed6>).

Die repräsentative „IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von 2016 (https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile&v=15) stellt für die Teilgruppe der jüngst nach Deutschland Geflüchteten eine hohe Übereinstimmung mit der deutschen Bevölkerung bei der Zustimmung zu demokratischen Grundwerten fest.

3. Ist eine Neuauflage der Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ geplant, und wenn ja, wann kann mit einer Veröffentlichung dieser Studie gerechnet werden?

Eine Neuauflage der Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ ist nicht geplant.

4. Welche Erkenntnisse konnte die Bundesregierung in Bezug auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger aus der Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ gewinnen?

Die Studie bezog sich auf Lebenswelten bzw. Einstellungen und Verhaltensweisen junger Muslime in Deutschland. Sie war weder in Hinblick auf die Zielgruppe noch auf die Fragestellung geeignet, Aussagen über das „subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger“ zu treffen.

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, ob auch in der Bundesrepublik Deutschland von ansässigen jungen Muslimen oder Personen mit Migrationshintergrund ein religiöser Führer gefordert wird?
 - a) Wenn ja, setzt die Bundesregierung Maßnahmen dagegen?
 - b) Wenn ja, welche?

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse, dass von den genannten Personengruppen ein „religiöser Führer“ gefordert wird. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass die genannten Personengruppen äußerst heterogen sind. Generell kennt der Islam traditionell weniger hierarchische Institutionen und ist dezentraler aufgebaut als etwa vergleichbare monotheistische Weltreligionen.

